

Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister

Verwaltungsvorlage

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Einreichendes Amt Team I	Datum 21.01.2021	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk) 811/19/2021
-----------------------------	---------------------	---

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:
Gemeindevertretung	09.02.2021

Betreff:

Übertragung von Entscheidungskompetenzen der Gemeindevertretung auf den Hauptausschuss der Gemeinde Am Mellensee in der SARS-CoV-2-Pandemie-Phase gemäß Brandenburgischer kommunaler Notlageverordnung (BbgKomNotV)

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Gemeindevertretung beschließt die teilweise Übertragung ihrer Entscheidungskompetenzen auf den Hauptausschuss gemäß § 2 Abs. 2 der Brandenburgischen kommunalen Notlageverordnung – BbgKomNotV.
- 2) Im Einzelnen sind dies:
 - Ziffer 1 Entscheidungen über die Bestellung der Vertreter der Gemeinde in Unternehmen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen gemäß § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf),
 - Ziffer 2 Entscheidungen über die Bestellung des Leiters und der Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 der BbgKVerf,
 - Ziffer 3 Entscheidungen über die Erweiterung der Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes über die Pflichtaufgaben nach § 102 der BbgKVerf hinaus gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nummer 12 der BbgKVerf,
 - Ziffer 4 Entscheidungen über die Übernahme neuer Aufgabenbereiche, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie die Übertragung von Aufgaben auf andere Verwaltungsträger gemäß § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 14 der BbgKVerf,
 - Ziffer 5 Entscheidungen über den Beschluss einer Haushaltssatzung und über das Haushaltssicherungskonzept gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nummer 15 der BbgKVerf,
 - Ziffer 6 Entscheidungen über die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nummer 16 der BbgKVerf,
 - Ziffer 7 Entscheidungen über Geschäfte über Vermögensgegenstände der Gemeinde, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung oder der Wert des Vermögensgegenstandes unterschreitet einen in der Hauptsatzung bestimmten Betrag gemäß § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 17 der BbgKVerf;

- Ziffer 8 Entscheidungen über den Abschluss von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt gemäß § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 18 der BbgKVerf,
- Ziffer 9 Entscheidungen über den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen im Sinne des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 24 der BbgKVerf,
- Ziffer 10 Entscheidungen über den Höchstbetrag der Kassenkredite gem. § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 25 in Verbindung mit § 76 Absatz 2 Satz 1 der BbgKVerf,
- Ziffer 11 weitere Entscheidungen nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 25 der BbgKVerf, wobei die Rechtsvorschrift von der abgewichen wird, konkret zu benennen ist.
- 3) Darüber hinaus (s. Punkt 2) sind Übertragungen nach Absatz 2 Satz 1 zulässig, sofern dies zur Abwehr eines erheblichen Nachteils für die Gemeinde erforderlich ist oder ein besonders triftiger Grund besteht. Die Übertragungsabsicht ist der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.
- 4) Die Beschlussfassung zu den Punkten 1) bis 3) gelten für die Dauer der BbgKomNotV bis zu deren Außerkrafttreten.
- 5) Der Beschluss 128/11/2020 vom 11.05.2020 wird aufgehoben.

Der brandenburgische Landtag hat am 15.04.2020 aufgrund der sich ausbreitenden Pandemie SARS-CoV-2 das Brandenburgische kommunale Notlagegesetz erlassen. Dieses soll die Handlungsfähigkeit der brandenburgischen Kommunen in außergewöhnlichen Notlagen gewährleisten.

Die Verordnung regelt Ausnahmen von den kommunalverfassungsrechtlichen und kommunalwahlrechtlichen Vorschriften für Gemeinden.

Dabei wird u.a. in § 2 Absatz 2 geregelt, wenn die Gemeindevertretung zu dem Ergebnis kommt, dass ihr die ordnungsgemäße Durchführung von Gemeindevertretersitzungen unter Berücksichtigung der politischen Mehrheitsverhältnisse nicht mehr möglich ist, sie Entscheidungen, die ihr durch Rechtsvorschrift zur Entscheidung zugewiesen worden sind, für die Zeit der SARS-CoV-Pandemie auf den Hauptausschuss mittels gesonderten Gemeindevertreterbeschluss übertragen kann.

Hinweis:

Für den Zeitraum müssen nach § 14 BbgKomNotV Hauptsatzung- oder Geschäftsordnungsregelungen, die im Widerspruch zu Entscheidungen aufgrund dieser Verordnung stehen, nicht angepasst werden.

Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Produkt
Veranschlagung im Ergebnisplan <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein	im Finanzplan <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein
Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten) €	Jährliche Abschreibung <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein



Dezernat

Kämmerei
zur Kenntnis



Bürgermeister